



Europäische Union
Regionalpolitik

de info regio panorama

12

Dezember 2003

Interview

Wolfgang
Tiefensee,
Vorsitzender von
Eurocities

Im Klartext

Der
Solidaritätsfonds,
Bilanz des ersten
Jahres

Entdeckungsreise
durch ein
Beitrittsland

Ungarn

Porträt einer
Region

Sizilien



**Austausch
guter Praktiken**



Eurocities tritt dafür ein, dass die Städte bei der nächsten Programmplanung der Strukturfonds eine wichtige Rolle spielen. Warum sollten Städte eigentlich besonders berücksichtigt werden?

Die Frage ist im Grunde überflüssig, denn Europa ist der am stärksten verstädterte Kontinent der Welt. Die Städte und städtischen Regionen beherbergen nicht nur den Großteil der Bürgerinnen und Bürger, sondern auch alle möglichen wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und Freizeitaktivitäten. Veränderungen sind immer von den Städten ausgegangen, und beim Aufbau von Europas Zukunft fällt ihnen eine wesentliche Rolle zu. Viele politische Orientierungen, von der Wirtschaft bis zur Umwelt, hängen von globalen Tendenzen ab, aber die Ausarbeitung und praktische Umsetzung der entsprechenden neuen Politiken ist oftmals Sache der kommunalen Ebene. Wenn also Europa auf Wirtschaftswachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen, nachhaltige Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit aus ist, müssen diese Ziele zunächst auf lokaler Ebene verwirklicht werden. Ich bin davon überzeugt, dass Europa die ehrgeizigen Zielsetzungen der Lissabonner Strategie nur dann erreichen kann, wenn den Städten und Regionen ei-

ne Hauptrolle übertragen wird. Mit Ad-hoc-Beratungen über spezifische Fragen ist es nicht getan. Was wir brauchen, ist ein ständiger und systematischer Dialog, so dass die Städte und Regionen voll in die Ausarbeitung wie auch in die Umsetzung der europäischen Politiken einbezogen werden. Dies ist notwendig, damit für eine breite Palette von Fragen – Gemeinwesen, Umweltgesetze, Beschäftigung und soziale Eingliederung und natürlich die Regional- und Kohäsionspolitiken – sinnvolle politische Entscheidungen getroffen werden können. Wenn wir Europa zur wettbewerbsfähigsten Wirtschaft der Welt machen und gleichzeitig eine solidarische Gesellschaft beibehalten wollen, brauchen wir starke Städte, die in der Lage sind, sich an den sozialen und wirtschaftlichen Wandel anzupassen.

Welche Rolle müsste die Europäische Union Ihrer Meinung nach in dieser Hinsicht spielen? Sollte Europa z. B. mehr in die Infrastrukturen von Stadtgebieten investieren?

Ja, unbedingt. Es liegt doch auf der Hand, dass die Zugänglichkeit unserer Städte im Hinblick auf Verkehrsachsen für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit Europas entscheidend ist. Das Gleiche gilt für den Zugang zu Geschäftsräumen und Büros, die für ihren Zweck geeignet und gleichzeitig erschwinglich sein sollten. Wenn wir den Unternehmen nicht bieten können, was sie brauchen, dann werden sie ihr Glück

woanders versuchen. Die wirtschaftlichen und sozialen Infrastrukturen unserer Städte sind jedoch auch von Bedeutung. Die Kohäsionspolitiken haben die Mittel bisher meist auf die Stadtviertel mit den höchsten Armuts- und Arbeitslosenquoten konzentriert. Die Belebung krisenbetroffener Viertel ist eine wichtige Priorität, wenn man bedenkt, dass die sozioökonomischen Disparitäten innerhalb ein und derselben Stadtregion oft größer sind als zwischen Regionen oder Ländern. Allerdings muss man, ohne deshalb die dringendsten sozialen Probleme zu vernachlässigen, auch die Ursachen dieser Probleme in Angriff nehmen und versuchen, auf lange Sicht für wirtschaftlichen Wohlstand zu sorgen. Dies ist eine der Erkenntnisse, die das Programm URBAN uns gebracht hat. Was wir heute brauchen, ist ein komplementärer Ansatz, der mithilft, die wirtschaftlichen Chancen und die Beschäftigungsmöglichkeiten effektiver zu nutzen, und so die Fähigkeit der Städte verbessert, die europäische Wirtschaft voranzutreiben.

Es ist kaum damit zu rechnen, dass der künftige Vertrag den europäischen Institutionen besondere Befugnisse im Bereich der Stadtpolitik überträgt ...

Ich finde es schon seltsam, dass die Städte in den derzeitigen europäischen Verträgen mit keinem Wort erwähnt werden, abgesehen davon, dass sie alle den Namen einer Stadt tragen – Rom, Maastricht, Amsterdam! Das bedeutet jedoch

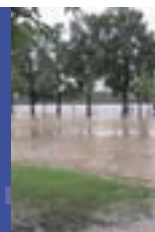
Übersicht

Verantwortlicher Herausgeber: Thierry Daman, EK, GD Regionalpolitik

Diese Zeitschrift ist auf der Website http://europa.eu.int/comm/regional_policy/index_de.htm in den elf Amtssprachen der Europäischen Union verfügbar. Sie wird in gedruckter Form in fünf Sprachen (DE, EN, ES, FR, IT) auf Recyclingpapier aufgelegt. Der Wortlaut dieser Veröffentlichung ist rechtlich nicht bindend.

Fotonachweis (Seiten): Mike St Maur Sheil (1), Eurocities (2), AEIDL (4, 5), GD Regionalpolitik (7), Hungary Tourist Board (9, 10), Prime Minister's Office of the Republic of Hungary (10), Gianpiero Casagni (12, 13), Naisyrittäjän Lähtöruutu (14, 15).

Umschlag: Die Grafik-Agentur „Bizness Communications“ in Lüttich (Belgien) wird durch den EFRE unterstützt.



nicht, dass es keinen Raum für ein gemeinsames Vorgehen gibt. Die harmonische Entwicklung der Union ist ein wesentliches Ziel, das selbstverständlich die Städte einbezieht.

Im Grunde geht es meiner Meinung nach darum, dass die Städte und Regionen im Hinblick auf die Politik und die Programme, die sich auf sie auswirken können, ein Mitspracherecht haben müssen. Mit der Kommission sind wir tatsächlich auf dem besten Weg zu einem systematischen Dialog, der – so hoffe ich zumindest – schließlich auch die anderen Institutionen umfassen wird. Im Übrigen sind wir bestrebt, multilaterale Übereinkommen zwischen kommunalen, regionalen und nationalen Behörden und mit der Europäischen Kommission abzuschließen.

All dies wirft letztlich die Frage nach den Grenzen des Subsidiaritätsprinzips auf: Endet es auf der Ebene der nationalen Regierung oder bezieht es auch die regionalen und kommunalen Ebenen ein? Diese Frage wurde auch auf der Konferenz des Ausschusses der Regionen über die Zukunft der Kohäsionspolitik angesprochen, die wir letzten Mai in Leipzig ausgerichtet haben⁽¹⁾. Auch wenn die Strukturfonds im Mittelpunkt der Debatte standen, konnte das breitere Thema des möglichen Beitrags der Städte zum europäischen Regieren doch nicht außer Acht gelassen werden. Mit den Regionen haben wir uns darauf geeinigt, dass die Suche nach Lösungen für die städtischen Probleme in unserem gemeinsamen Interesse liegt und dass die Städte intensiv an den regionalen Programmen beteiligt werden sollten. Es heißt also nicht: Städte gegen Regionen. Ganz im Gegenteil, die Zusammenarbeit wird uns in die Lage versetzen, unsere gemeinsamen Ziele zu erreichen.

Wie wollen Sie die Regierungen der Mitgliedstaaten davon überzeugen, dass die Europäische Union die städtische Entwicklung aktiv fördern müsste, wie Sie eben erklärt haben?

Bisher bestand die wichtigste Funktion der Kohäsionspolitik der Union darin,

die negativen Auswirkungen des Binnenmarktes aufzufangen, indem die rückständigsten oder in Umstrukturierung befindlichen Regionen unterstützt wurden. Heute hat es den Anschein, als gehe es in der Debatte nicht mehr um politische, sondern vielmehr um finanzielle Ziele. Vor allem gewisse Politiker auf nationaler Ebene sagen, in einer erweiterten Union müsse das ganze Geld an die ärmsten Mitgliedstaaten gehen und die Regionalpolitik sei dann die Sache der nationalen Regierungen. Wir bei Eurocities sind entschieden gegen eine solche Renationalisierung der Regionalpolitik, die in unserer Sicht das gesamte europäische Vorhaben gefährdet. Wir können unsere Ziele nur erreichen, wenn wir von einer europäischen Politik getragen werden. Der derzeitige Betrag von 0,45 % des BIP für die Kohäsionspolitiken ist daher die absolute Untergrenze. Weniger würde die Strategie von Lissabon erheblich schwächen und sowohl die Wettbewerbsfähigkeit als auch den Zusammenhalt der europäischen Wirtschaft beeinträchtigen.

Dies ist die Botschaft, die wir an die europäischen Institutionen und auch an unsere eigenen nationalen Regierungen richten. Der Erfolg unserer Bemühungen wird von unserer Vorschlagskraft abhängen. Kommissar Barnier setzt sich sehr aktiv für die Entwicklung einer wahren Kohäsionspolitik ein, in der die Städte eine zentrale Rolle spielen werden. Auch auf die Unterstützung der Mitglieder des Europäischen Parlaments können wir zählen. Viele von ihnen besuchen regelmäßig unsere Städte, und diese Kontakte werden bis zu den Wahlen im Juni 2004 noch zunehmen. Die Notwendigkeit, Beziehungen zwischen der Europäischen Union, den Städten und den Regionen aufzubauen, rückt immer stärker ins Bewusstsein. Dies wird uns helfen, unser gemeinsames Ziel – die Annäherung zwischen Europa und seinen Bürgern – zu erreichen.

⁽¹⁾ Wolfgang Tiefensee ist auch Oberbürgermeister der Stadt Leipzig (Deutschland).

Eurocities: aktive Großstädte

Das 1986 gegründete Netzwerk Eurocities umfasst die Verwaltungen von rund 120 Städten in 31 europäischen Ländern. Es arbeitet darauf hin, die Rolle der europäischen Städte zu verstärken, insbesondere bei der Gestaltung und Umsetzung politischer Maßnahmen.

Das Netzwerk der europäischen Großstädte widmet sich in erster Linie folgenden Aktivitäten:

- **Vernetzung:** Wissen teilen und vertiefen, die Zusammenarbeit zwischen Städten unterstützen;
- **Lobbying:** politische Maßnahmen ausarbeiten und lenken, mit den Institutionen der Europäischen Union im Gespräch bleiben;
- **Sensibilisierung:** die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Kernfragen des Stadtlebens lenken, vor allem mithilfe der Medien.

Über seine Themenausschüsse, Arbeitsgruppen und angeschlossenen Netze befasst sich Eurocities mit einer ganzen Reihe politischer Fragen, die für Städte von Bedeutung sind, insbesondere Kultur und Freizeit, Wirtschaftsentwicklung, Umwelt, verantwortliches Regieren, die neuen Technologien, die öffentlichen Dienste, soziales Wohlergehen und die städtischen Verkehrsmittel.

Kontakt:

Eurocities
Square de Meeûs 18
B-1050 Brüssel
Tel. (32-2) 552 08 85
Fax (32-2) 552 08 89
Internet: <http://www.eurocities.org>



9



Ungarn: mit voller Kraft voraus! – Fragen an den ungarischen Europaminister Endre Juhász

12



Sizilien: Randlage und Ungleichgewichte

14



Sprungbretter für Unternehmerinnen

Ein Jahr nach der Einrichtung des Solidaritätsfonds (EUSF) Verstärkte europäische Solidarität angesichts von Katastrophen

Im ersten Jahr seines Bestehens hat der Solidaritätsfonds über 800 Mio. EUR für Soforthilfen bereitgestellt. Es kommt nun darauf an, die europäischen Solidaritätsmaßnahmen besser zu koordinieren und den Schwerpunkt auf Vorbeugung zu legen.

Vor einem Jahr wurde auf Vorschlag der Europäischen Kommission – im Anschluss an die verheerenden Überschwemmungen, die im August 2002 Mitteleuropa heimgesucht hatten – ein neues Finanzinstrument geschaffen: der Solidaritätsfonds der Europäischen Union (EUSF). Der außergewöhnlich heiße Sommer 2003 und seine Folgen, die vor allem für die von Trockenheit und Waldbränden betroffenen Mittelmeerregionen hoch dramatisch waren,

haben gezeigt, wie wichtig es ist, die europäischen Solidaritätsmaßnahmen im Fall schwerer Katastrophen wirksam zu koordinieren.

Um nur die Zahlen für Portugal zu nennen: Die letzten Brände haben in diesem Land eine Fläche von mehr als 350 000 ha vernichtet, davon knapp 300 000 ha Wälder (6 % des portugiesischen Waldbestands) und 25 000 ha Agrarfläche, 18 Menschenleben gefor-

dert und weitere rund 45 000 Personen um ihr Hab und Gut oder ihre Einkommensquelle gebracht. Ganz zu schweigen – und das gilt für alle anderen südlichen Regionen ebenso wie für Portugal – von den menschlichen, sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Langzeitfolgen, die vor allem damit zusammenhängen, dass die Fläche, die jedes Jahr zerstört wird, viel größer ist als die wieder aufgeforstete.



August 2002: Dresden (Deutschland): Die Elbe tritt über die Ufer.

With a little help from my friends ...

Die Verordnung über den EUSF ⁽¹⁾ sieht vor, dass die Mitgliedstaaten und Beitrittsländer im Falle von „Katastrophen größeren Ausmaßes“ eine Unterstützung dieses Fonds beantragen können (wobei die Beurteilung, ob es sich um eine solche handelt, von den geschätzten Kosten der Schäden abhängt: über 3 Mrd. EUR oder 0,6 % des Bruttoinlandsprodukts). Im Übrigen kann eine Region eine außergewöhnliche Unterstützung erhalten, wenn eine Katastrophe den Großteil ihrer Bevölkerung in Mitleidenschaft zieht und schwere und dauerhafte Auswirkungen auf ihre wirtschaftliche Stabilität und die Lebensbedingungen mit sich bringt. Der für den EUSF verfügbare Jahreshaushalt wurde auf 1 Mrd. EUR festgelegt, wovon nur 75 Mio. EUR für außergewöhnliche regionale Katastrophen verwendet werden dürfen.

An dieser Stelle sei erwähnt, dass der EUSF nicht zu dem Zweck errichtet wurde, sämtliche Ausgaben in Verbindung mit Katastrophen zu bewältigen. Privatschäden z. B. sind von Beiträgen des EUSF ausgeschlossen. Die langfristigen Maßnahmen – dauerhafter Wiederaufbau, wirtschaftliche Umstrukturierung, Vorbeugung – wiederum können auf andere Interventions Ebenen zurückgreifen (*siehe Kasten*). Es ging eher darum, auf rasche, wirksame und flexible Weise eine finanzielle Nothilfe für Maßnahmen wie vorübergehende Unterbringung oder die provisorische Reparatur unverzichtbarer Infrastrukturen verfügbar zu machen, da bis dahin tatsächlich kein einziger europäischer Fonds in der Lage war, diese Rolle im Katastrophenschutz – einem Bereich, der in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fällt – zu übernehmen.

⁽¹⁾ Verordnung (EG) Nr. 2012/2002 des Rates, ABl. L 311 vom 11. November 2002.

2002-2003: die Stationen der Solidarität

Bis zum heutigen Tag (15. Oktober 2003, *Anm. d. Red.*) wurde der Solidaritätsfonds zur Unterstützung von acht Interventionen in sieben Ländern in Anspruch genommen. Die vier ersten erfolgten im Anschluss an die Überschwemmungen im Jahr 2002:

- Deutschland (die Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt, Bayern, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Thüringen): 444 Mio. EUR;
- Österreich (die Länder Steiermark, Niederösterreich, Vorarlberg, Wien, Oberösterreich, Tirol, Salzburg): 134 Mio. EUR;
- Tschechische Republik: 129 Mio. EUR;
- Frankreich (Departement Gard): 21 Mio. EUR.

Diese Hilfen wurden zur Erstattung der Kosten im Zusammenhang mit Interventionen verschiedenster Art – provisorische Instandsetzung von Verkehrswegen (insbesondere die Prager U-Bahn), Anlagen für Energie- und Wasserversorgung, Kläranlagen, Telefon- und Postdiensten, sozialen Infrastrukturen wie Krankenhäuser, Schulen und Kindergärten, Uferbefesti-

gung, Organisation von Notdiensten für die betroffene Bevölkerung (Unterkunft, Verpflegung), Schutz des Kulturerbes und Säuberung des Katastrophengebiets – verwendet.

Die anderen bisher bewilligten Interventionen des Solidaritätsfonds kommen den drei folgenden Ländern zugute:

- Spanien (Galicien, Asturien, Kantabrien, Baskenland) im Anschluss an die „Prestige“-Katastrophe: 8 Mio. EUR;
- Italien: 30,8 Mio. EUR für die Folgen mehrerer Erdbeben (Molise und Apulien) und 16,9 Mio. EUR für die Folgen des Ausbruchs des Ätna (Sizilien), d. h. insgesamt 47,6 Mio. EUR;
- Portugal: Bewältigung der Folgen der Brände, die dieses Land im Sommer 2003 in nie da gewesenem Ausmaß verwüstet haben: 48,5 Mio. EUR.

In Spanien ging es darum, die Kosten für die Notmaßnahmen zur Säuberung der von der Ölpest betroffenen Küstengebiete zu erstatten. In Italien wurde die Unterstützung des EUSF in erster Linie für die Maßnahmen zur provisorischen Unterbringung der Bevölkerung, die sofortige Instandsetzung beschädigter öffentlicher Infrastrukturen, die Befestigung präventiver Infrastrukturen, die Erhaltung des Erbes und Reinigungsaktionen verwendet. Für Portugal ist vor-



Andere Interventionsebenen

Neben der vom EUSF bereitgestellten finanziellen Soforthilfe kann der Kampf gegen Katastrophen auf verschiedenen Ebenen organisiert werden. Zu erwähnen sind diesbezüglich (die folgende Liste ist nicht vollständig):

- die von den **Strukturfonds** mitfinanzierten Programme für regionale Entwicklung. Die Mitgliedstaaten können die Prioritäten der Programme und die Verteilung des Haushalts im Laufe der Durchführung ändern. Zum Wiederaufbau von Infrastrukturen und zur Unterstützung von Produktionsinvestitionen, Bildung und Beschäftigung können neue Maßnahmen festgelegt werden. In diesem Kontext plant Portugal, 182 Mio. EUR für einen anderen als den ursprünglich vorgesehenen Zweck zu verwenden;
- die Programme für die **Entwicklung des ländlichen Raums**. Sie umfassen beispielsweise Maßnahmen zur Vorbeugung von Waldbränden, die Wiederaufforstung von Waldgebieten und die Wiederherstellung des Agrarpotenzials. Diese Maßnahmen können verstärkt werden;
- die **Gemeinsame Agrarpolitik**. Verschiedene Ausnahmegenehmigungen sind möglich, etwa die Erlaubnis, brach liegendes Land zur Ernährung von Vieh zu benutzen;
- das **Kontroll- und Informationszentrum für Katastrophenschutz** der Europäischen Kommission, das seit Januar 2002 rund um die Uhr einen Warndienst gewährleistet. Der Alarm wird auf Antrag eines von einer Katastrophe heimgesuchten Landes ausgelöst, um die Unterstützung seitens anderer Mitgliedstaaten (etwa die Entsendung von Wasserbomben) zu vereinfachen;
- die **staatlichen Hilfen**. Sie können genehmigt werden, um materielle Schäden oder indirekte, eindeutig mit den Katastrophen zusammenhängende Folgen zu kompensieren;
- die **geografische Information**. In Sachen Risikovorbeugung und -management spielt sie eine Hauptrolle. Die Kommission hat beispielsweise im Forstbereich das System EFFIS – European Forest Fire Information System – eingerichtet, das Tag für Tag den Forst- und Katastrophenschutzdiensten in den Mitgliedstaaten zur Seite steht.

gesehen, dem Land die gleichen Arten von Ausgaben zu erstatten; sie werden die dringendsten Reparaturen in Bereichen wie Energie, Verkehr, Telekommunikation, Wasser, Gesundheit und Bildungswesen umfassen.

Alles in allem wurde während des ersten Jahres des Fonds für – binnen kürzester Fristen beschlossene – Hilfen ein Betrag von rund 833 Mio. EUR vergeben. Bemühungen, die nicht nur aufgrund menschlicher Erwägungen, sondern auch angesichts der Tatsache gerechtfertigt sind, dass 2002 ebenso wie 2003 nicht ein einzelnes Land oder eine einzelne Region, sondern die gesamte Union von dem gewaltigen Ausmaß der Verheerungen des „mörderischen Sommers“ in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Und morgen? Zwei Leitkonzepte: Vorbeugung und Koordinierung

Über die Nothilfe hinaus geht es jedoch auch darum, sich auf die vorhersehbare

Wiederholung von Katastrophen einzustellen, die mit den negativen Umweltauswirkungen menschlichen Handelns – und insbesondere der Beschleunigung des Klimawandels – Hand in Hand gehen. Wie Kommissar Barnier betonte, ist Reparieren teurer als Vorbeugen, umso mehr als eine Katastrophe die Anstrengungen, die zur Entwicklung einer Region unternommen wurden, völlig zunichte machen kann. Bei der Halbzeitrevision der Strukturfondsprogramme 2000–2006 muss der Bedeutung von Prävention Rechnung getragen werden.

Im Hinblick auf die Zeit nach 2006 erklärte Michel Barnier, ihm sei daran gelegen, dass „jedes Programm der Strukturfonds eine Linie ‚Vorbeugung natürlicher Risiken‘ umfasse“. Im Übrigen plädierte er dafür, über den EUSF und die verschiedenen schon bestehenden Instrumente hinaus eine echte, auf Regierungsebene koordinierte Zivilschutztruppe für Europa aufzubauen.

Angesichts der Folgen des heißen Sommers 2003 hat das Europäische Parla-

ment die Mitgliedstaaten und die Kommission aufgefordert, ihre Bemühungen um eine wirksame europäische Solidarität zu verstärken und zu koordinieren. Der Ausschuss der Regionen hat sich ebenfalls in diesem Sinne geäußert und die Schaffung eines neuen, von den Zielen der Strukturfonds unabhängigen Gemeinschaftsinstruments empfohlen, das – innerhalb eines klaren und fest umrissenen (ordnungs-)politischen Rahmens^(?) – nicht nur die Nothilfe, sondern auch die langfristigen Maßnahmen sichert. Und der Entwurf des Vertrags über eine Verfassung für Europa spiegelt ebenfalls das Streben nach europäischer Solidarität wider: Er enthält eine „Solidaritätsklausel“, laut der die Union „alle zu ihrer Verfügung stehenden Instrumente“ einsetzt, um einem Mitgliedstaat im Falle einer Katastrophe beizustehen.

^(?) Mitteilung vom Ausschuss der Regionen:
http://www.cor.eu.int/de/prss/cprss2003/cor_03_07066.html

Seminar „Wettbewerbsfähige Regionen gestalten – Erfolgreich in die Praxis umsetzen“

EU-Unterstützung wird in regionalen Erfolg verwandelt: das Beispiel von Yorkshire und Humber (Vereinigtes Königreich)

Der Austausch guter Praktiken im Rahmen der Ziel-1- und Ziel-2-Programme war Gegenstand einer großen europäischen Konferenz, die am 9. und 10. Oktober 2003 in Sheffield (Vereinigtes Königreich) stattfand.

Rund 150 Akteure der regionalen Entwicklung kamen aus allen Ecken der Union in die britische Stahlhauptstadt, um an dem von der Verwaltungsbehörde des Ziel-1-Programms von Süd-Yorkshire, der Europäischen Kommission und dem Büro des stellvertretenden Premierministers des Vereinigten Königreichs organisierten Seminar „Wettbewerbsfähige Regionen gestalten – erfolgreich in die Praxis umsetzen“ teilzunehmen.

Diese beiden Tage haben insbesondere Gelegenheit geboten, verschiedene erfolgreiche Ziel-1- und Ziel-2-Projekte kennen zu lernen, die in Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Schweden und dem Vereinigten Königreich in Bereichen wie Unterstützung für Unternehmen, Informationsgesellschaft, Forschung und technologische Entwicklung oder Innovationstransfer durchgeführt wurden (siehe Kasten).

eLearning

Es ist nicht erstaunlich, dass ein Seminar über gute Praktiken gerade in Süd-Yorkshire abgehalten wird: Diese für den Zeitraum 2000-2006 als Ziel 1 eingestufte Region führt Entwicklungsprogramme durch, die mit zu den innovativsten der gesamten Union zählen. Dies gilt auch für das „South Yorkshire eLearning Project“, Europas größtes Fernunterrichtsprojekt und die bedeutendste Ziel-1-Investition in Süd-Yorkshire – und insofern eine Premiere, als hier erstmals Ziel-1-Mittel im Bereich des Fernunterrichts verwendet werden. Das Vorhaben, das im Rahmen einer für



die Bildung und den Erwerb von Kompetenzen in der EU bestimmten Investition von 371 Mio. EUR läuft, dürfte die Region zum nationalen und internationalen Leader in der Entwicklung digitaler Lernressourcen machen.

Bevor die Strukturfonds kamen, war Süd-Yorkshire seit vielen Jahren im Niedergang begriffen. Infolge des Zusammenbruchs der traditionellen Industriezweige (Kohle, Eisen und Stahl, Technik) ist das regionale BIP zwischen 1979 und 1995 gegenüber dem Gemeinschaftsdurchschnitt ständig gesunken. Dieser wirtschaftliche Abstieg schlug sich in einem Bevölkerungsrückgang, hoher Arbeitslosigkeit und einem niedrigen Bildungs- und Qualifikationsniveau nieder.

Um die Probleme in Verbindung mit Bildungsmängeln in Angriff zu nehmen, hat Süd-Yorkshire rund 36 Mio. EUR für das Programm „Pathways to Success“ (Wege zum Erfolg) bereitgestellt. Ziel ist, das Bildungsniveau anzuheben, um den lokalen Unternehmen qualifiziertere Arbeitskräfte verfügbar zu machen. Das Programm richtet sich an alle Schülerinnen und Schüler zwischen 13 und 16 Jahren, von den begabtesten bis zu denjenigen, die Gefahr laufen, ohne Abschluss von der Schule abzugehen.

Auf's richtige Pferd gesetzt

Der junge David Hunt hat dem Programm viel zu verdanken. Vor zwei Jahren stand er kurz davor, von der Schule gewiesen und völlig aus dem



Schulsystem ausgeschlossen zu werden. Er schwänzte häufig den Unterricht, wollte aber auch nicht arbeiten gehen. Überzeugt davon, dass die ganz Welt gegen ihn sei, war seine Schule in Barnsley seiner Meinung nach die Letzte, die ihm bei der Verwirklichung seines Traums – professioneller Jockey zu werden – helfen konnte.

Eben diese Schule schrieb ihn 2001 für ein alternatives Schulprogramm ein, das bereits von den „Pathways to Success“ unterstützt wurde. Die Lehrkräfte hatten ein Unterrichtsprogramm ausgearbeitet, das auch außerschulische Aktivitäten umfasste. Davids schulischer Wiedereingliederungsplan umfasste an drei Tagen pro Woche eine Lehre im Reitzentrum für behinderte Menschen in Barnsley – eine Tätigkeit, die sein Selbstbewusstsein erheblich gestärkt hat. Zum ersten Mal in seinem Leben tat er etwas, das ihm Spaß machte: mit Pferden arbeiten. Dies war auch der Beginn seiner Versöhnung mit dem Bildungssystem. Als er von der Schule abging, hatte David fünf Prüfungen bestanden und ein Diplom für Reitstallverwaltung in der Tasche. Nachdem er einige Wochen im Reitstall von Doncaster, einem der größten Reitzentren des Vereinigten Königreichs, gearbeitet hatte, wurde David von dem berühmten Trainer Derek Haydn-Jones als Jockey-Lehrling angenommen.

Einer seiner Lehrer, Rob Porter, sagt: „Was David erlebt hat, ist eine Belohnung für alle, die hart mit ihm gearbeitet haben. Und es ist der Beweis, dass die ‚Pathways to Success‘ einen enormen Einfluss auf das Leben eines jungen Menschen haben können.“

Ziel 1 betrifft zwar nur Süd-Yorkshire, aber große Gebiete von Yorkshire und Humber kommen in den Genuss anderer Strukturhilfen der Gemeinschaft. Der „Longhill-Link-Up Trust“ z. B.

ist eine soziale Organisation für lokale Entwicklung der Region Hull in Ost-Yorkshire. Aus einer anfangs kleinen Gruppe von Freiwilligen hat sich diese Stiftung in eine echte Entwicklungsagentur verwandelt, die derzeit 9 Vollzeitmitarbeiter beschäftigt. Neben ihrem Cybercafé sind ihre Aktivitäten 2002 knapp 2 500 Jugendlichen zugute gekommen. Kürzlich wurden dem Longhill-Link-Up Trust Fördermittel des EFRE bewilligt, die ihm erlauben, seine Räume neu zu gestalten und die lokalen Initiativen zu begleiten.

Kontakt:

*Helen May
Yorkshire and Humber European
Office
Avenue de Cortenberg 118
B-1000 Brüssel
Tel. (32-2) 735 34 08
Fax (32-2) 735 61 24
E-Mail: european.office@yorkshire.be*

Yorkshire und Humber

Die Region Yorkshire und Humber hat 5 Millionen Einwohner. Die Mehrheit der Bevölkerung lebt in den Stadt- und Industriezentren im Süden und Westen von Yorkshire und an der Flussmündung des Humber. Es handelt sich jedoch um eine sehr kontrastreiche Region, die in der Nähe dieser Städte einige der schönsten ländlichen Gebiete des Vereinigten Königreichs umfasst, vor allem in Nord-Yorkshire. Für den Zeitraum 2000-2006 verfügt die Region Yorkshire und Humber über gemeinschaftliche Fördermittel in Höhe von rund 1 714 Mio. EUR.

Transfer erfolgreicher Projekte

Vor dem Hintergrund des strategischen Ziels der Europäischen Räte von Lissabon und Göteborg (die Union zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“) haben die Workshops im Rahmen des Seminars von Sheffield 12 erfolgreiche Ziel-1- und Ziel-2-Projekte vorgestellt, die drei verschiedene Themen betreffen.

Thema „Unterstützung von KMU“

- Der Campus **Arvika** (Schweden)
- Die Maßnahme **Mikro-Unternehmen** (Irland)
- Der **Merseyside Special Investment Fund** (Vereinigtes Königreich)
- Die **Finnvera**-Kredite für KMU (Finnland)

Thema „Forschung & Entwicklung und Innovationstransfer“

- Das Biotechnologiezentrum **Bionord** (Deutschland)
- Der Biotech-Cluster **GTI** (Vereinigtes Königreich)
- Das **Eislab** (Schweden)
- Der Wissenschaftspark **Novi** (Dänemark)
- Das Projekt **Zukunftswettbewerb Ruhrgebiet** (Deutschland)

Thema „Fernunterricht, elektronischer Handel, eGovernance, eVerwaltung“

- Fernausbildung: das **South Yorkshire eLearning Project** (Vereinigtes Königreich)
- Das Projekt bez. eGovernance **IS Oulu** (Finnland)
- Das Projekt bez. eVerwaltung **Presage** (Frankreich)
- Die Datenbank für die Verwaltung der Strukturfonds **efReporter** (Deutschland)

Entdeckungsreise durch ein Beitrittsland

Ungarn

Mit voller Kraft voraus!

Dank seiner seit 1995 unaufhaltsam wachsenden Wirtschaft ist Ungarn, was seine volle Integration in die Europäische Union anbelangt, in einer sehr günstigen Position. Die Ungarn wissen das am besten: Bei dem Volksentscheid am 13. April 2003 sprachen sich 83,8 % von ihnen für den Beitritt aus.

Das von Österreich, der Slowakei, der Ukraine, Rumänien, Serbien, Kroatien und Slowenien umgebene Ungarn ist einer der ältesten Staaten Mitteleuropas. Sein Territorium, in geringer Höhe über dem und ohne Zugang zum Meer, setzt sich aus drei großen Gebieten zusammen. Im Süden eines „ungarischen Rückens“, der auf 400 km mehrere Bergmassive (und den Kekes, mit 1 015 m Ungarns höchster Berg) umfasst, teilt die Donau das Land in zwei Ebenen: im Westen Transdanubien, begrenzt durch das Mecsek-Gebirge und die letzten Piemonts der österreichischen Alpen, im Osten die ungarische Tiefebene Alföld. In Ungarn herrscht ein relativ trockenes Kontinentalklima.

Budapest und die „ungarische Wüste“?

Zwei Drittel der rund 10 Millionen Ungarinnen und Ungarn leben in den Städten, angefangen bei Budapest (2 Millionen Einwohner), Hauptstadt und Wirtschafts- und Kulturzentrum des Landes. Die Vormachtstellung dieser Metropole ist derart ausgeprägt, dass man – wie seinerzeit für Paris und die französischen Regionen – von „Budapest und der ungarischen Wüste“ sprechen könnte: Trotz aller Dekonzentrationsbemühungen entfallen mehr als ein Viertel der Arbeitsplätze in der Industrie, ein gutes Viertel des Einzelhandelsumsatzes und etwa ein Drittel der Ärzte und Krankenhausbetten auf die ungarische Hauptstadt, und die meisten Forschungsinstitute sind ebenfalls hier angesiedelt.

Dabei gibt es in Ungarn eine Reihe mittelgroßer Städte: Debrecen (214 000 Einwohner), kommerzieller Mittelpunkt einer großen Agrarregion, Miskolc (194 000 Einwohner), Sitz der Metall verarbeitenden Industrie, Szeged (176 000 Einwohner), Verteilungszentrum für die Agrarerzeugnisse der ungarischen Tiefebene, aber auch Hochburg der chemischen Industrie, und Pécs (170 000 Einwohner), Zentrum der Leichtindustrie. Die ländlichen Gebiete wiederum nehmen 67 % des ungarischen Territoriums ein.

Dauerhaftes Wirtschaftswachstum

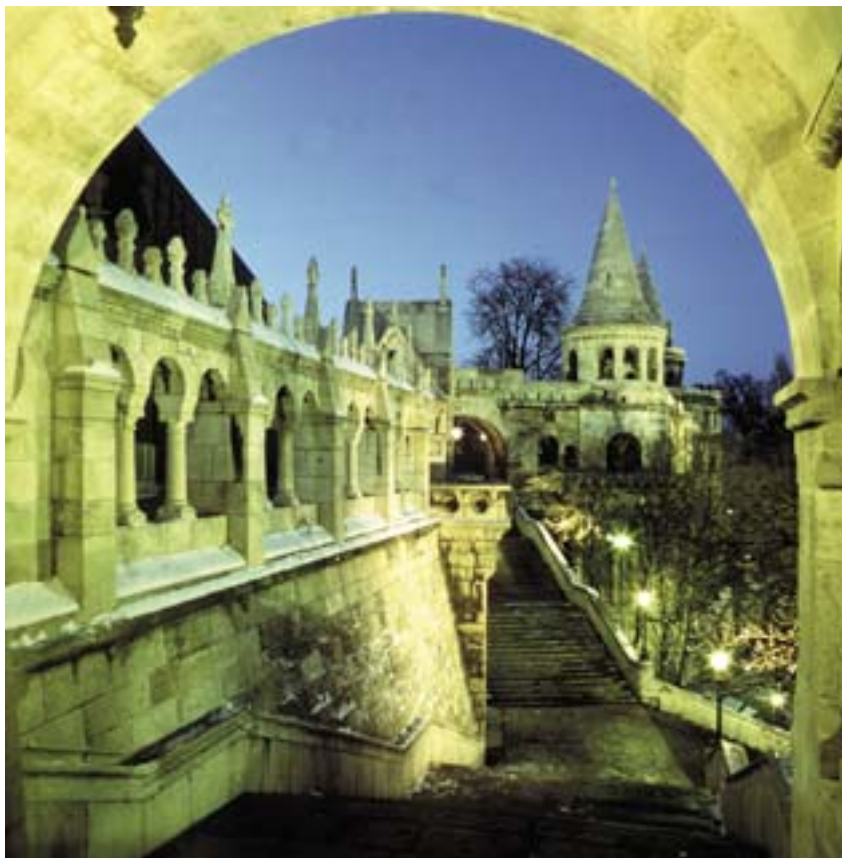
In Ungarn ist der sozioökonomische Übergang im Anschluss an den Zusammenbruch des Kommunismus sanfter verlaufen als anderswo. Nach einer schweren Rezession hat der Aufschwung der ungarischen Wirtschaft bereits 1994 begonnen. Dank des 1995 gestarteten makroökonomischen Angleichungsprogramms ist das BIP zwischen 1995 und 2000 jedes Jahr stetig

um 4-5 % gestiegen. Die Inflationsrate, bis Mitte des Jahres 2001 bei der 10%-Marke, konnte nach und nach gesenkt werden und lag im August 2003 bei 4,7 % pro Jahr. Und die Arbeitslosenquote – 5,8 % im Jahr 2003 – gehört zu den niedrigsten der EU-Beitrittsländer.

Es gibt jedoch zwei Aspekte, die weitere Bemühungen erfordern: Die hohe öffentliche Auslandsverschuldung ist verringert worden, beträgt aber immer noch über 50 % des BIP. Das Haushaltsdefizit belief sich im Jahr 2002 auf 6 % des BIP. Die Situation dürfte sich 2003 verbessern, aber unter 5 % des BIP wird dieses Defizit nicht fallen.

Parallel zur makroökonomischen Angleichung ist der Privatisierungsprozess weit fortgeschritten. Unter den mitteleuropäischen Ländern hat Ungarn eine der höchsten Quoten an ausländischen Direktinvestitionen vorzuweisen, was erheblich zur Modernisierung der Produktionsstrukturen und zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit beigetragen hat. Gesteuert





Die Fischerbastei in Budapest.

wurde der Wirtschaftsaufschwung von den exportorientierten Sektoren, darunter auch Agro-Lebensmittel.

80 % der ungarischen Exporte gehen in die Europäische Union. Dabei handelt es sich in der Hauptsache um Transportmaschinen und -ausrüstungen, landwirtschaftliche Erzeugnisse, chemische Produkte, Apparaturen, Textil, Eisen und Stahl sowie Wein. Die größten Importe entfallen auf Transportmaschinen und -ausrüstung, nicht-raffiniertes Erdöl, chemische Produkte und Erze. Der Dienstleistungssektor erwirtschaftet 63 % des BIP und beschäftigt 48 % der erwerbstätigen Bevölkerung. Der Tourismus hat einen gewaltigen Aufschwung genommen. Bereits 1993 empfing das Land 33 Millionen ausländische Besucher. Diese Zahl ist bisher praktisch unverändert

geblieben, und laut der Welttourismus-Organisation (WTO) lag Ungarn 2001 als Bestimmungsort des internationalen Tourismus an 12. Stelle.

Regionale Entwicklung: ein geeigneter politischer Rahmen

Im Jahr 1996 verabschiedete Ungarn das Gesetz über die regionale Entwicklung und Raumordnung. Damit hat es sich als erstes Land Mitteleuropas einen Rechtsrahmen zugelegt, der deutliche Ähnlichkeiten mit der Regionalpolitik der Europäischen Union aufweist. Dieses Gesetz führt auf kommunaler Ebene Bezirksausschüsse für die regionale Entwicklung ein. 1998 wurden 7 statistische Regionen gebildet, die europäische Fördermittel erhalten. Diese Regionen werden von

regionalen Entwicklungsräten geleitet, in denen der Staat weiterhin ein wichtiges Wort mitzureden hat.

Ungarn, zusammen mit Polen das erste von Phare geförderte Land, hat im Laufe des Förderzeitraums 1990-2000 von diesem Programm 1,030 Mrd. EUR und zwischen 2000 und 2002 weitere 96 Mio. EUR erhalten. Darüber hinaus kommt Ungarn in den Genuss der Hilfen zur Vorbereitung auf den Beitritt im Rahmen von ISPA (Verkehr und Umwelt) und Sapard (Entwicklung des ländlichen Raums). Diese beliefen sich im Jahr 2002 auf 93,9 bzw. 39,8 Mio. EUR.

Zwischen 2004 und 2006 wird Ungarn unter Ziel 1 der Strukturfonds knapp 2 Mrd. EUR und im Rahmen des Kohäsionsfonds im Schnitt über 1 123 Mio. EUR erhalten. Dazu kommen fast 100 Mio. EUR von den Gemeinschaftsinitiativen Interreg III (68,67 Mio. EUR) und EQUAL (30,29 Mio. EUR).

Kontakt:

Office of the Prime Minister
Kossuth Lajos tér 4.
H-1055 Budapest
Tel. (36-1) 441 38 40
Fax (36-1) 441 3842
E-Mail: egri.magdolna@meh.hu

Fläche

93 030 km²

Bevölkerung

10 164 000 Einwohner

Bevölkerungsdichte: 109 Einw./km²
(EU-15: 118 Einw./km²)

Wirtschaft und Beschäftigung

Index Pro-Kopf-BIP/KKS (2002):
57 (EU-15: 100)

Arbeitslosenrate (2002): 5,8 %
(EU-15: 7,6 %)



Fragen an den ungarischen Europa-minister Endre Juhász

Im Laufe von rund 12 Jahren hat Ungarn die Umstellung auf die Marktwirtschaft und seinen Beitritt zur Europäischen Union erfolgreich bewältigt. Wie erklären Sie diese Fähigkeit Ihres Landes, die „verlorene Zeit aufzuholen“, wenn man so sagen darf?

Nach dem letzten Eurostat-Bericht lag Ungarns Pro-Kopf-BIP in Kaufkraftparität 2002 bei 57 % des Gemeinschaftsdurchschnitts, verglichen mit 46 % im Jahr 1995. Dieser Anstieg um 11 Punkte zeigt, dass wir gegenüber den derzeitigen Mitgliedstaaten der Union beträchtlich aufgeholt haben. Unsere diesbezügliche Leistung ist unter allen Beitrittsländern am spektakulärsten: Nur Slowenien mit seiner Steigerung um 10 Punkte hat Ähnliches vorzuweisen. Wenn man bedenkt, dass sich die Situation bestimmter Bewerberländer im gleichen Zeitraum verschlechtert hat, kann man sagen, dass Ungarn wirklich dabei ist, seinen Rückstand wettzumachen.

Wie lässt sich dieses Ergebnis erklären? Viele Elemente haben daran mitgewirkt, aber der Schlüsselfaktor ist sicherlich die Reformfreudigkeit: Privatisierung, industrielle Umstrukturierung, Empfang ausländischer Investitionen, Liberalisierung des Außenhandels ... Wir haben strategische Programme gestartet, die nicht nur gut durchdacht waren, sondern tatsächlich in die Praxis umgesetzt worden sind. In diesem Land haben wir uns nicht für die Schocktherapie entschieden, sondern vielmehr langsam, aber sicher unsere Pläne verwirklicht. Die politische Stabilität hat zu einem friedlichen und geordneten Übergang beigetragen. 1990, 1994, 1998 und 2002 haben Wahlen stattgefunden. Auch wenn diese Wahlen jedes Mal von Parteien aus der Opposition gewonnen wurden, konnten stabile Regierungen gebildet werden, die ihr vierjähriges Mandat immer zu Ende geführt haben. Vorgezogene Wahlen hat es nie gegeben. Der politische Wechsel hat gut funktioniert.

Der erfolgreiche Übergang zur Marktwirtschaft ist jedoch nicht ganz schmerzlos vonstatten gegangen. Während der ersten Jahre des Übergangs, zwischen 1990 und 1993, ist das BIP gesunken – allein für das Jahr 1991 um 12 %. Alle sind sich dessen bewusst, dass wir einen hohen sozialen Preis gezahlt haben, dass die Bevölker-

ung viele Opfer gebracht hat; wir sind glücklich, dass all dies nun hinter uns liegt.

Unsere europäische Integrationspolitik hat ein enormes Tempo an den Tag gelegt. Das Ziel, der EU beizutreten, wurde 1990 von der Regierung beschlossen, unmittelbar nach den ersten freien Wahlen. Dieses Ziel haben alle aufeinander folgenden Regierungen geteilt und aktiv verfolgt. Wir haben, mit Polen und der Tschechoslowakei, im Jahr 1991 als Erste mit der EWG verhandelt und einen Assoziierungsvertrag unterzeichnet. Ungarn hat der Europäischen Union 1994 auch als Erster sein Bewerbungsdossier vorgelegt. Die Beitrittsverhandlungen waren lang und schwierig, aber keine einzige ungarische Regierung oder einflussreiche politische Gruppe ist jemals auf die Idee gekommen, von diesem Kurs abzuweichen.

Wenn man durch Ungarn reist, bekommt man den Eindruck, dass der wirtschaftliche Wohlstand die Donau erreicht und sogar ein klein wenig überschritten hat, aber noch nicht in den östlichen Regionen angekommen ist. Entspricht dies den Tatsachen?

Dieser Eindruck ist mehr oder weniger richtig, muss aber nuanciert werden. Ohne jeden Zweifel hat der Wohlstand in zwischen Budapest erreicht, wo das BIP pro Einwohner bereits 107,9 % des EU-Durchschnitts beträgt. Zwischen der Hauptstadt und den anderen Regionen besteht ein gewaltiger Unterschied. Und es stimmt auch, dass es zwischen den Regionen im Westen des Landes und den östlich der Donau gelegenen Regionen spürbare Unterschiede gibt. In Transdanubien, dem westlichen Teil Ungarns, liegt das Pro-Kopf-BIP 11-12 % über dem europäischen Durchschnitt. Dies ist vor allem den ausländischen Investoren zu verdanken, die es – in erster Linie wegen der Verkehrsinfrastruktur – vorgezogen haben, sich im Westen unseres Landes niederzulassen.

Was wird getan, um den Zusammenhalt zu verbessern und die regionalen Unterschiede zu verringern?

Der Abbau der regionalen Unterschiede zählt zu den Prioritäten der ungarischen Regierung. Zu diesem Zweck sind neue

Investitionen erforderlich, und es müssen auch neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Dazu bedarf es zunächst guter Verkehrsinfrastrukturen. Wir haben eine Autobahnverbindung zwischen Budapest und Wien, aber in Richtung Osten, Süden und Südosten fehlen noch wichtige Autobahnstrecken. Wir möchten den Bau von Autobahnen beschleunigen und haben dieser Priorität im Staatshaushalt beträchtliche Mittel zugewiesen. Die Modernisierung der Eisenbahn ist ebenfalls vorgesehen. Qualifizierte Arbeitskräfte sind eine weitere Voraussetzung, um neue Investitionen anzulocken. Wir sind derzeit dabei, Programme durchzuführen, die stärker die berufliche Bildung im Fokus haben. Auch die Mobilität der berufstätigen Bevölkerung muss erhöht werden. Der ungarische Arbeitnehmer ist heute noch nicht bereit umzuziehen, um eine Stelle zu finden. Hier müssen sich die Mentalitäten ändern. Bis wir in den Genuss der Strukturfonds und des Kohäsionsfonds kommen, werden der nationalen Raumordnungspolitik immer umfangreichere Mittel zugewiesen, auch noch für den Haushalt 2004.

Was haben die Union und ihre Mitgliedstaaten Ihrem Land in puncto Regionalpolitik zu bieten?

Die Struktur- und Kohäsionspolitik der Europäischen Union wird erheblich dazu beitragen, die regionalen Disparitäten zu verringern. Unser nationaler Entwicklungsplan, der als Grundlage für den gemeinschaftlichen Unterstützungsrahmen dient, enthält zahlreiche Prioritäten, die auf eine Verbesserung der sozialen und territorialen Kohäsion des Landes abzielen. Ein operationelles Programm ist speziell der regionalen Entwicklung gewidmet. Wir sind derzeit damit beschäftigt, die institutionellen Vorkehrungen für den Empfang und die effektive Verwaltung der Fonds zu treffen, und hoffen, dass es uns möglich sein wird, voll von den verfügbaren finanziellen Mitteln zu profitieren. Und wir hoffen auch, dass eine starke und finanziell gut dotierte Struktur- und Kohäsionspolitik über das Jahr 2006 hinaus beibehalten wird.

Das Gespräch fand am 2. Oktober 2003 statt.

Porträt einer Region

Sizilien

Randlage und Ungleichgewichte

Die Entwicklung der größten Mittelmeerinsel ist nicht ausgewogen: An der dicht besiedelten Meeresfront befinden sich sehr wichtige Wirtschaftszentren, während die bevölkerungsarmen Gebiete im Inneren unter zunehmender Isolation leiden.



Ein Teil des Hafens von Trapani.

Mit einer Fläche von 25 706 km² ist Sizilien die größte Inselgruppe des Mittelmeers. Die äußerst dichte sizilianische Bevölkerung (198 Einw./km²) konzentriert sich an den nördlichen und östlichen Küsten der Insel in mehreren großen Ballungsräumen, vor allem in Palermo (750 000 Einwohner), Catania (360 000 Einwohner) und Messina (260 000 Einwohner). Das Inselinnere hingegen wird von den Jugendlichen verlassen, die Bevölkerung altert.

Insgesamt weist die Insel ein noch fragiles Produktionsgefüge, eine Wirtschaftsstruktur mit weit mehr Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft und im Bau als in der Industrie und eine Arbeitslosenrate von über 20 % (über 30 % für Frauen und über 50 % für Jugendliche unter 25 Jahren) auf, mit Spitzenwerten in der Provinz Enna und den Städten Catania, Palermo und Messina. Seit 1992 lag das reale BIP-Wachstum dreimal im Minusbereich. Generell ist das Wachstum hinter dem nationalen Durchschnitt zurückgeblieben. 2001 und 2002 haben sich die BIP- und Beschäftigungstendenzen jedoch positiv entwickelt.

Siziliens größtes Handikap ist indes seine Randlage: Das Wasser stellt ein physisches Hindernis für soziale Kontakte, Wirtschaftsbeziehungen und Handel zwischen diesem „südlichsten Süden Italiens“ und den Regionen der Halbinsel dar. Sizilien exportiert etwas weniger als 6 % seiner Produktion, während der nationale Durchschnitt fast 20 % beträgt.

Sizilien hält freilich auch große Trümpfe bereit, angefangen bei seinem Humankapital, da die Bevölkerung insgesamt sehr jung ist. Seine anderen Stärken hängen mit dem bemerkenswerten natürlichen und kulturellen Erbe der Insel zusammen. Sie werden jedoch nur unzureichend zur Geltung gebracht.

Vor kurzem hat die lokale Entwicklung dank einer intensiveren Mobilisierung der Einwohner bei der Ausarbeitung autonomer Initiativen einen neuen Aufschwung genommen.

Mithilfe der Strukturfonds ist Sizilien nun bestrebt, seinen Rückstand in strategischen Sektoren, in denen natürliche Ressourcen eingesetzt werden (Wasser, Energie usw.), aufzuholen und gleichzeitig die Ziele im Hinblick auf ökologische Nachhaltigkeit in allen Produktionssektoren zu erreichen. Das mit einem Haushalt von insgesamt 9 415 Mio. EUR (davon 3 858 Mio. EUR von den Strukturfonds) dotierte operationelle Regionalprogramm „Sicilia“ ist auf sechs Prioritäten ausgerichtet: Nutzung der natürlichen Ressourcen, Aufwertung der kulturellen Ressourcen, Entwicklung der Humanressourcen, Unterstützung der lokalen Produktionssysteme, Aufwertung der Rolle der Städte in ihrem territorialen Kontext und Dienstleistungsnetze und -drehscheiben.

Kontakt:

Regione Siciliana – Presidenza

Direzione regionale della programmazione

a/s Gabriella Palocci

Piazza Don Luigi Sturzo 36

I-90139 Palermo

Tel. (39) 09 16 96 00 13

Fax (39) 09 16 96 02 73

E-Mail: direzione.programmazione@regione.sicilia.it

Internet: <http://www.euroinfosicilia.it>

Fläche

25 706 km²

Bevölkerung

5 100 000 Einwohner

Bevölkerungsdichte: 198 Einw./km² (EU-15: 118 Einw./km²)

Wirtschaft und Beschäftigung

Index Pro-Kopf-BIP/KKS (2000): 75 (EU-15: 100)

Arbeitslosenrate (2001): 20,8 % (EU-15: 7,6 %)

Strukturfonds (2000-2006)

Ziel 1

(in Mio. EUR)

EU	Sonstige öffentliche Mittel	Insgesamt
3 857,946	3 727,918	9 415,495

Eine „Kommunikationspartnerschaft“ zur Optimierung des Effekts regionaler Hilfen

Um die von den Strukturfonds gebotenen Möglichkeiten voll zu nutzen, haben die sizilianischen Behörden ein „Partenariato della comunicazione“ gebildet, ein Netzwerk sozioökonomischer, öffentlicher und privater Akteure, die über die gesamte Insel verteilt sind.

Bereits im Januar 2001 organisierte die für die Programmplanung der Region Sizilien zuständige Generaldirektion Begegnungen mit den sozioökonomischen Akteuren der Insel, um Maßnahmen in die Wege zu leiten, die erlauben, die von dem operationellen Regionalprogramm (ORP) „Sicilia 2000-2006“ eröffneten Möglichkeiten auf ganz Sizilien bekannt zu machen. Im Anschluss an diese Gespräche wurde im März 2002 das „Partenariato della comunicazione“ (Kommunikationspartnerschaft) ins Leben gerufen, ein Netzwerk öffentlicher und privater Akteure, die entsprechend motiviert und gleichmäßig über die Insel verteilt sind. Dieses vom Referat Kommunikation der Generaldirektion für Programmplanung koordinierte und betreute Netzwerk hat die Aufgabe, Informationen und Dokumentation über das ORP zu verbreiten, Ausschreibungen anzukündigen und den Austausch von Erfahrungen und guten Praktiken zu unterstützen.

Strukturfonds-Portal

Die Kommunikationspartnerschaft hat zunächst über eine Internet-Site konkrete Form angenommen. Indem sie sich mit www.euroinfosicilia.it, der offiziellen Website des sizilianischen operationellen Programms, verbinden, erhalten die Partner mithilfe eines Kennworts Zugang zu einem richtigen „Strukturfonds-Portal“, das ihnen zweckdienliche und aktuelle Informationen über die Finanzierungsmöglichkeiten liefert, Fallstudien präsentiert und Vorschläge und Angebote öffentlicher und privater Quellen bekannt gibt. Ein Abschnitt der Site enthält Antworten auf häufig gestellte Fragen, und ein Forum lädt dazu ein, Meinungen zu äußern, Erfahrungen auszutauschen oder die Behörden oder andere Mitglieder des Netzwerks zu befragen. Auch die neuen Projektausschreibungen mitsamt ihren Modalitäten, die im Laufe der nächsten sechs Monate vorgesehenen Ausschrei-

bungen und natürlich die Kontaktinfos der Bezugspartner und der für die verschiedenen Maßnahmen des operationellen Programms zuständigen Regionalbeamten werden hier angegeben.

Die Mitglieder des Netzwerks können auch über die vierte Seite des Verbindungsblatts „OpPORTunità“, das monatlich in 60 000 Exemplaren erscheint, miteinander in Verbindung treten. Ab Ende 2003 werden noch zwei weitere Medien zur Verfügung stehen: Eine Fernseh- und Rundfunksendung wird jeden Monat über die Fortschritte des operationellen Regionalprogramms berichten und dabei die Aktivitäten der Projektträger in den Vordergrund stellen. Im Übrigen können die Partner des Netzwerks, wenn sie sich von einer Projektausschreibung für ihren Sektor oder ihr Gebiet angesprochen fühlen, die Organisation eines Informationsseminars in ihrer Gegend beantragen.

Im Gegenzug wird von den Netzmitgliedern erwartet, dass sie selbst aktiv werden, um das ORP bekannt zu machen, und auf lokaler Ebene eine Kontaktstelle für die potenziellen Projektträger und Begünstigten des Programms einrichten. Diese Kontaktstellen, die oft die Form von „Schaltern“ haben und innerhalb der Partnerorganisationen oder -unternehmen mit von der Region Sizilien speziell für diese Aufgabe geschulten Mitarbeitern besetzt werden, sind typisch für die Methode, die die Originalität des sizilianischen „Partenariato della comunicazione“ ausmacht: die Verbreitung von Informationen optimieren, indem die Projektträger als Informationsvermittler zwischen der Behörde und den potenziellen Empfängern der regionalen Fördermittel benutzt werden. Nicht zuletzt ist dieses Netzwerk also auch ein nützliches Instrument, um neue Projekte anzuknüpfen.

Informationskultur

Im Oktober 2003 hatten rund 180 Partner das Übereinkommen unterzeichnet,



das die Zugehörigkeit zum Netzwerk formalisiert. Dieses hat nun offenbar seine kritische Masse erreicht und einen festen Rhythmus gefunden. Dabei schienen die Dinge zu Beginn recht kompliziert, und die Verantwortlichen des Projekts mussten viel Hartnäckigkeit und Überzeugungskraft aufwenden, bevor die Idee eines solchen Vorgehens intern akzeptiert wurde: In Italien fehlt es der Verwaltung an so etwas wie einer „Informationskultur“, und neue Verfahren und Technologien stoßen auf wenig Begeisterung. Die Kommunikationspartnerschaft fördert also nicht nur die dezentralisierte Verbreitung von Informationen, sondern trägt auch zur Modernisierung der sizilianischen Verwaltungsstrukturen bei – mit dem Ergebnis, dass die verschiedenen Regionalverwaltungen nun eher bereit sind, zusammenzuarbeiten und mit den Endbegünstigten der europäischen Fonds enge Beziehungen zu knüpfen.



Savo (Finnland)

Sprungbretter für Unternehmerinnen

Das auf Rollenmodellen und persönlicher Betreuung basierende Projekt „Naisyrittäjän Lähtöruutu“ (Sprungbretter für Unternehmerinnen) will möglichst viele Frauen dazu bewegen, ein eigenes Unternehmen zu gründen, zu leiten und – vor allem – dessen Fortbestand zu sichern.



Studentinnen üben sich im Marketing während des Praktikums „Dream Company Camp“ im August 2003.

Die Zahlen sprechen für sich: In Finnland stellen Frauen 48,6 % der erwerbstätigen Bevölkerung dar, aber ihr Anteil an der Unternehmerschaft beträgt gerade mal 30 %.

Im Übrigen machen die Sektoren, die Frauen meist besetzen, relativ wenig Gebrauch von neuen Technologien. Dabei können es beispielsweise die modernen Kommunikationstechnologien den Frauen erlauben, sich Tätigkeitssektoren mit höherem Mehrwert auszusuchen, d. h. Bereiche, die lohnender sind und ihnen breitere kommerzielle Perspektiven eröffnen.

Und was auf ganz Finnland zutrifft, gilt noch mehr für die im östlichen Zentrum des Landes gelegene Region Savo. Die Arbeitslosenrate ist dort sehr hoch, und die Erwerbsaussichten von Frauen sind aufgrund der Randla-

ge der Region beschränkt. Die Zahl der Abwanderer/innen ist höher als die der Neuankömmlinge, und es sind vor allem die Frauen, die dieses Gebiet mit seinem zu schwach diversifizierten Wirtschaftsgefüge verlassen. In Savo liegt der Anteil der Unternehmerinnen unter dem Landesdurchschnitt. In diesem Kontext hat sich die von den Strukturfonds unterstützte Initiative entwickelt, ein umfassendes Unterstützungssystem für die weibliche Unternehmerschaft einzurichten.

Früher ergriffene Maßnahmen wie etwa die Projekte „Weera“ (Beschäftigung jetzt) und „Savotar/Enrec“ (im Rahmen des europäischen Programms Recite II) hatten bereits die Grenzen der klassischen Methoden zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den Randregionen aufgezeigt und deutlich gemacht, mit welchen spezifischen

Problemen Unternehmerinnen konfrontiert sind.

Das Projekt „Naisyrittäjän Lähtöruutu“ schließt an diese Maßnahmen an, wird aber im Rahmen des Ziel-1-Programms Ostfinnland durchgeführt. Es bezweckt, bessere Lösungen zu finden, indem es sowohl Infrastrukturen als auch für Frauen bestimmte Ausbildungskurse finanziert.

Ressourcen und Synergien

Das Projekt hat zunächst die Einrichtung von Ressourcenzentren erlaubt, die sich an Unternehmensgründerinnen, die ihre Kompetenzen verbessern wollen, sowie an arbeitslose Frauen und Studentinnen richten, denen eine selbstständige Tätigkeit vorschwebt.

Neben Computern, Fotokopierern, Faxgeräten und anderen Ausrüstungsgegenständen, die sie zur Verfügung stellen, bieten diese Zentren Beratung und Betreuung bei der Herausgabe gedruckter und elektronischer Produkte (Werbebroschüren, Visitenkarten usw. bzw. Websites) an.

Außerdem werden zahlreiche Weiterbildungskurse organisiert, manche davon in Form von Fernunterricht. Die Unternehmerinnen und gegebenenfalls ihr (auch männliches) Personal können dort nach Herzenslust ihre Kenntnisse vervollständigen. Dabei bringt der Einsatz der Informationstechnologien die Informatikkenntnisse voran und schafft Beziehungen oder sogar echte Kooperationen zwischen den Teilnehmerinnen selbst wie auch zwischen den Teilnehmerinnen und den Lehrstätten.

Da die Ressourcenzentren oft in polyvalenten Strukturen untergebracht sind, die auch andere Aktivitäten (Ver-

eine, soziosanitärer Bereich usw.) beherbergen, stimulieren sie die Schaffung neuer Unternehmen in lokal ausichtsreichen Sektoren: So entstanden in der letzten Zeit mehrere Firmen, die mit Gesundheit und Wellness zu tun haben.

Persönliche Begleitung

Die Zentren sind jedoch in erster Linie Anlaufstellen für Unternehmerinnen. Nach der Beurteilung ihrer Bedürfnisse wird für jede Teilnehmerin eine persönliche Bilanz erstellt. Auf der Grundlage dieser Bilanz erhalten die Frauen einen „Ausbildungsgutschein“, mit dem sie an einem speziellen Lehrprogramm teilnehmen und sich betreuen und beraten lassen können. Anschließend wählen sie mithilfe einer Beraterin die Stellen aus, die solche Dienstleistungen anbieten. In der Regel werden diese in den folgenden Bereichen ausgesucht: Unternehmensgründung, Leadership, Marketing und Vertriebstechniken, Arbeit im Netzverbund, Produktentwicklung und Qualitätsmanagement.

Landesweite Besuche „vor Ort“ bieten den Unternehmerinnen Gelegenheit, mit Kolleginnen aus anderen finnischen Regionen Erfahrungen auszutauschen. Dank „Sprungbretter“ können sie überdies an Handelsmessen und Salons teilnehmen.

Je nach den Bedürfnissen und Wünschen der Teilnehmerinnen finden auch Seminare oder Treffen in kleinen Gruppen statt. Manchmal werden sogar Workshops für den richtigen Umgang mit Stress organisiert.

Das Projekt, das zwischen April 2002 und Dezember 2004 durchgeführt wird, verfügt über einen Gesamthaushalt von 734 170 EUR. Im Herbst 2003 hatten 75 Frauen an der Initiative teilgenommen und in den verschiedenen Ressourcenzentren waren 268 Beratungen in Sachen Unternehmensleitung erteilt worden. Insgesamt 305 Personen hatten die verschiedenen verfügbaren Dienstleistungen in Anspruch genommen.

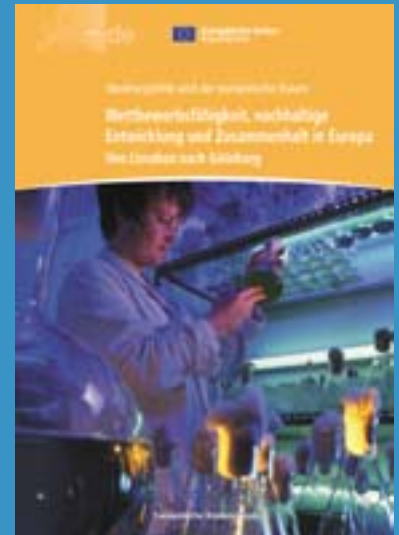
Kontakt:
Terhi Majamaa
Project Manager
Naisyrittäjän Lähtöruutu
Women Entrepreneur Take-Off Point
Ylä-Savo Vocational Institute
Pohjolankatu 9 B
FIN-74100 Iisalmi
Tel. (358-17) 820 59 00
Fax (358-17) 820 59 01
E-Mail: terhi.majamaa@ysao.fi
<http://www.ysao.fi/Ylasavo/Ammattiopisto/projekti.nsf>



Seminare und Konferenzen bereichern das Programm.

Wettbewerbsfähigkeit, nachhaltige Entwicklung und Zusammenhalt in Europa – Von Lissabon nach Göteborg

Anhand von 26 Projektbeispielen wird der Beitrag der Regionalpolitik zu den Zielen der Europäischen Räte von Lissabon und Göteborg geschildert.



Liegt in den elf Sprachen der Union vor.

Regions in action, a country on the move – A selection of successful projects supported by the Structural Funds in Greece

26 Beispiele erfolgreicher Projekte in Griechenland.



Liegt auf Griechisch, Englisch und Französisch vor.

Online



<http://www.leaderplus.se/sv/index.asp>

Die nationalen Leader+-Netzwerke führen eine gemeinsame Datenbank, um die Zusammenarbeit zwischen den „lokalen Aktionsgruppen“, die von der Gemeinschaftsinitiative für die Entwicklung des ländlichen Raums Fördermittel erhalten, zu vereinfachen. Mithilfe einer Suchmaschine mit Suchbegriffen in 11 Sprachen lassen sich Partner leicht ausfindig machen. Die Datenbank „Market Place for transnational Cooperation“ – übrigens auch außerhalb des Rahmens von Leader+ ein sehr nützliches Instrument – ist über die Websites der verschiedenen nationalen Leader+-Netzwerke zugänglich. Hier die Adresse der schwedischen und deutschen Site.

<http://www.arcmanche.com/suite.html>

Die Einrichtung dieser Internet-Site im Jahr 2000 hat laut ihren Urhebern erheblich dazu beigetragen, Arc Manche als Kooperationsrahmen bekannt zu machen. Arc Manche ist ein Netzwerk aus rund einem Dutzend französischer Regionen und britischer Gemeinden, die bestrebt sind, die Beziehungen zwischen den beiden Ufern des Ärmelkanals durch die Zusammenarbeit an Themen von gemeinsamem Interesse – insbesondere im Rahmen von Interreg III B Nordwesteuropa – zu verstärken. Diese sehr schön gestaltete zweisprachige (Englisch und Französisch) Website ist überdies sehr umfassend: Präsentation der Partnerregionen und verschiedener Projekte, Karten, Suchmaschine ... ein guter Weg, um sich einen Eindruck von der regionalen Entwicklung an den Ufern des meistbefahrenen Meers der Welt zu verschaffen.



<http://www.espaces-transfrontaliers.org>

Die Mission Opérationnelle Transfrontalière wurde 1997 von der DATAR (Delegation für Raumordnung und regionale Maßnahmen, Frankreich) gegründet. Es handelt sich um eine interministerielle Struktur, die auf den Aufbau grenzüberschreitender europäischer Projekte spezialisiert ist. Ihre Internet-Site ist als Ressourcenbank für die Akteure der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit angelegt. Sie enthält eine Fülle von Informationen: Präsentation von Gebieten und Projekten, gesetzlicher Hintergrund, Dokumente und Karten, Datenbank über die Interreg-Fonds (Karten, Einheitliche Programmplanungsdokumente und ihre Zusammenfassungen), Links und – vor allem – hoch interessante methodologische Abschnitte für alle Akteure grenzüberschreitender europäischer Zusammenarbeit. Es ist daher zu bedauern, dass diese Site nur auf Französisch zugänglich ist.

<http://www.circum-regional.org>

Die 1973 gegründete und von den europäischen Institutionen unterstützte Circum (Co-opérative Internationale de Recherche en matière de COMMunication) ist ein Netzwerk, das rund 380 regionale Fernsehsender aus 38 verschiedenen Ländern umfasst. Ziel ist, die Zusammenarbeit zwischen den Regionalsendern zu fördern, den mit Audiovision und regionalen Nachrichten befassten Akteuren einen Raum für gemeinsame Überlegungen und Meinungs- und Informationsaustausch verfügbar zu machen und zur Entwicklung der Kultur und der Identitäten der europäischen Regionen beizutragen. Circum macht Koproduktionen und unterstützt den Austausch von Programmen: Themensendungen, Informationsmagazine, grenzübergreifende Zeitungen, Dokumentarfilme, Jugend-, Kultur- und Musiksendungen. Das Netz verleiht jedes Jahr einen Circum-Preis für die besten Regionalprogramme zum Thema Europa.



Ansprechpartner

Europäische Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik
Referat 01 – Information und Kommunikation
Thierry Daman
Avenue de Tervuren 41
B-1040 Brüssel
Fax (32-2) 296 60 03
E-Mail: regio-info@cec.eu.int
Internet: http://europa.eu.int/comm/dgs/regional_policy/index_de.htm

Kommissar Michel Barnier
http://europa.eu.int/comm/commissioners/barnier/index_de.htm

Informationen über die Regionalförderung der Europäischen Union
http://europa.eu.int/comm/regional_policy/index_de.htm

ISSN 1608-3881

© Europäische Gemeinschaften, 2003
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet

Printed in Belgium



Amt für Veröffentlichungen

Publications.eu.int